



## LANDRATSAMT MÜNCHEN

Landratsamt München · Postfach 95 02 60 · 81518 München

Gegen Empfangsbestätigung  
Technische Universität München  
vertreten durch den Präsidenten  
Arcisstraße 21

80333 München

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom

25.03.1994

Ansprechpartner:

Bitte bei Antwort angeben  
Unser Zeichen

☎ 089 / 6221-0  
Durchwahl

Zimmer-Nr.

München,

29.04.1996

**Vollzug der Wassergesetze;**

**Wasserrechtliche Erlaubnis zur Bauwasserhaltung für den Neubau einer Hochflußneutronenquelle München FRM-II durch die Technische Universität München, Garching**

Anlagen:

1 Satz Planunterlagen

Das Landratsamt München erläßt folgenden

**Bescheid:****1 Beschränkte Erlaubnis nach Art. 17 BayWG****1.1 Gegenstand der Erlaubnis, Zweck, Plan und Beschreibung der Gewässerbenutzung****1.1.1 Gegenstand der Erlaubnis**

Dem Freistaat Bayern, vertreten durch die Technische Universität München, wird die jederzeit widerrufliche Erlaubnis nach § 7 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) i.V.m. Art. 17 BayWG (Bayer. Wassergesetz) zum

- Entnehmen und Zutageleiten von Grundwasser während der Bauzeit (§ 3 Abs. 1 Nr. 6 WHG)
  - Versickern von Grundwasser während der Bauzeit (§ 3 Abs. 1 Nr. 5 WHG)
- erteilt.

**1.1.2 Zweck der Gewässerbenutzung**

Die erlaubten Gewässerbenutzungen dienen der Ableitung von Grundwasser im Rahmen einer Bauwasserhaltungsmaßnahme, die während der Errichtung der Hochflußneutronenquelle erforderlich ist.

Postanschrift  
Postfach 95 02 60  
81518 München

Dienstgebäude  
Mariahilfplatz 17  
81541 München

Erreichbar mit  
Straßenbahn Linie 27, Omnibus Linie 52  
Haltestelle Mariahilfplatz

Sprechzeiten  
Mo.-Fr. 8.00 - 12.00 Uhr  
und Do. 14.00 - 17.30 Uhr Telefax

Telefon 62210  
Teletex 898191  
62212278

Konten  
Kreissparkasse München (BLZ 702 501 50) Nr. 109  
Postbank (BLZ 700 100 80) Nr. 481 85-804

Unsere Mitarbeiter haben gleitende Arbeitszeit.  
Telefonisch erreichen Sie Ihre/-n  
Sachbearbeiter/-in am besten

Mo.-Mi. von 9.00 bis 15.00 Uhr  
Do. von 9.00 bis 17.30 Uhr  
Fr. von 9.00 bis 14.00 Uhr

### 1.1.3 Plan

Dem Antrag liegen folgende Unterlagen zugrunde:

#### Unterlagen Quartärwasser

Erläuterungsbericht (Stand Februar 1995)

##### Abbildungen:

Abb. 3.1-1	Topographische Standortumgebung im Umkreis von 5 km
Abb. 3.1-2	Lage der Neutronenquelle München
Abb. 3.1-3	Straßenverkehrswege im 10-km-Umkreis
Abb. 3.1-4	Grundwasserentnahmeanlagen im 10-km-Umkreis
Abb. 3.1-5	Landschaftsschutz und Naturschutzgebiete im 10-km-Umkreis
Abb. 3.1-6	Auszug aus dem Katasterwerk (M 1: 5000)
Abb. 3.1-7	Lageplan (M 1: 2500)
Abb. 3.2-1	Lageplan mit Aufschlußbohrungen und Profilschnitte 2 und 3
Abb. 3.2-2	Profilschnitte 2 und 3
Abb. 3.2-3	Höhengleichen der Tertiäroberkante
Abb. 3.2-4	Grundwasserhöhengleichen Quartär
Abb. 3.2-5	Grundwasserhöhengleichen Tertiär
Abb. 4.2-1	Baugrubensicherung und Grundwasserhaltung
Abb. 4.2-2	Übersichtsplan Aushubphase 1 / 2 / 3
Abb. 4.2-3	Lage Versickerungsanlage - Aufstautrichter
	Kanalisation zum Vorfluter Isar während der Bauphase
Abb. 5.2-1	Darstellung der Grundwasserabsenkung für die Gebäude 6 bis 10
Abb. 6.2-1	Plan - Überwachung der Umgebung kerntechnischer Einrichtungen auf dem Forschungsgelände Garching

##### Tabellen:

Tab. 3.3/1	Wasserstände der Isar im Bereich des Standortes beim Hochwasser vom 31.05.1940
Tab. 3.3/2	Jahresgang der Hauptwerte der Isarabflüsse in München und Grüneck

##### Anlagen:

Anlage 1	Ausbau Grundwasserbeobachtungsbrunnen
Anlage 2	Grundwasserzustrom aus quartären Kiesen
Anlage 3	Nachweis der Rohrversickerung
Anlage 4	Ermittlung Absenkkurven
Anlage 5	Maximaler Grundwasseraufstau
Anlage 6	Wasserspiegelberechnung in der Isar
Anlage 7	Biotopbeschreibung für die von der Absenkung des Grundwasserhöchststandes betroffenen Biotope

#### Ergänzende Unterlagen Tertiärwasser

Erläuterungsbericht Nr. KWU/NDA2/95/510 (06.12.1995)

##### Anlagen:

Anlage 1	Geologische Profile mit Angabe der Grundwasserstände und der Gründungstiefen
Anlage 2	Nachweis der hydraulischen Grundbruchsicherheit
Anlage 3	Lage der Brunnen und Sondierungen
Anlage 4	Baugrube Reaktorgebäude FRM II; Wasserhaltung
Anlage 5	Anfallende Wassermengen aus Wasserlinsen der Wechschelschicht
Anlage 6	Fassungsvermögen eines Brunnens
Anlage 7	Darstellung der betroffenen Fläche der Tertiärwasserentspannung



#### **1.1.4 Beschreibung der Benutzung**

Zur Herstellung der Gebäudefundamente für den FRM II ist eine Wasserhaltung erforderlich.

Während der Bauphasen 1 - 3 wird Grundwasser aus den quartären Kiesen entnommen und nordöstlich des Baugeländes über eine Versickerungsanlage dem ersten Grundwasserstockwerk wieder zugeführt.

Für die Herstellung der tieferliegenden Gebäudefundamente während der Bauphasen 1 und 2 ist eine Teilentspannung des Grundwassers in den Sandlinsen der sog. tertiären Wechschelschicht erforderlich. Die anfallende Wassermenge aus den Entspannungsbrunnen wird gesammelt und zusammen mit dem Quartärgrundwasser versickert.

Das geringfügig zufließende Tertiärwasser im Bereich der Baugrubensohle sowie das anfallende Regenwasser wird über den bestehenden Abwasserkanal zum Vorfluter Isar geleitet. Diese Einleitung ist nicht Bestandteil des vorliegenden Antrages.

### **1.2 Erlaubnisbedingungen und -auflagen**

#### **1.2.1 Rechtsvorschriften**

Für die erlaubten Gewässerbenutzungen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) und der Baugesetze mit den dazu ergangenen Verordnungen maßgebend. Die hiernach bestehenden Rechte, Verpflichtungen und Vorbehalte sind in den nachfolgenden Erlaubnisbedingungen und -auflagen grundsätzlich nicht enthalten.

#### **1.2.2 Antragsunterlagen**

Das Bauvorhaben ist gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik und den Antragsunterlagen, versehen mit dem Prüfvermerk des Wasserwirtschaftsamtes München vom 01.03.1995 und dem Erlaubnisvermerk des Landratsamtes München vom 29.04.1996, auszuführen.

Prüfvermerke in den Antragsunterlagen sind zu beachten.

#### **1.2.3 Allgemeines**

1.2.3.1 Die Grundwasserentnahmen und -einleitungen sind nur für die Zeit der Bauausführung gestattet und auf den zur Durchführung der Baumaßnahmen unbedingt erforderlichen Umfang zu beschränken.

1.2.3.2 Beginn und Beendigung der Baumaßnahme und voraussichtlicher Beginn der Wasserhaltung sind dem Wasserwirtschaftsamt München eine Woche vor Beginn bzw. nach Beendigung anzuzeigen.

1.2.3.3 Von dem bei der Wasserhaltung geförderten Grundwasser sind die jeweils gemessenen Mengen, Förderzeiten und Förderstellen aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind zusammenzufassen und monatlich dem Wasserwirtschaftsamt München vorzulegen.

1.2.3.4 Das im Rahmen dieser Erlaubnis entnommene Grundwasser ist zu versickern. Eine Einleitung in die städtische Kanalisation oder in ein Oberflächengewässer ist nicht zulässig.

1.2.3.5 Das der Versickerungsanlage zugeführte Wasser darf nicht verunreinigt werden. Absetzbare Stoffe sind mit Hilfe von Absetzanlagen zu entfernen. Das Einleiten von Abwässern aller Art sowie das Einbringen von Stoffen, die geeignet sind, eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers herbeizuführen, ist nicht gestattet.

1.2.3.6 Für die Versickerungsanlage sind Erweiterungsmöglichkeiten vorzusehen.



#### 1.2.4 Entnahme und Versickerung von Grundwasser aus dem Quartär

- 1.2.4.1 Die Erlaubnis gilt für das Zutagefördern und Wiedereinleiten des anstehenden Grundwassers. Dabei ergeben sich folgende Mengen:

*Bauphase 1 (15 Monate)*

mittlerer GW-Stand	3,3 l/s	ca. 130.100 m <sup>3</sup>
höchster GW-Stand	34,2 l/s	ca. 1.348.312 m <sup>3</sup>

*Bauphase 2 (10 Monate)*

mittlerer GW-Stand	2,9 l/s	ca. 76.220 m <sup>3</sup>
höchster GW-Stand	28,4 l/s	ca. 746.434 m <sup>3</sup>

*Bauphase 3 (8 Monate)*

mittlerer GW-Stand	2,6 l/s	ca. 54.668 m <sup>3</sup>
höchster GW-Stand	22,6 l/s	ca. 475.194 m <sup>3</sup>

- 1.2.4.2 Die bei den Erdarbeiten anfallenden und zu versickernden Wässer sind in ein Auffangbecken (Absetzbecken) zu leiten.
- 1.2.4.3 In den Absetzbecken anfallende Sedimente sind auf ihren Radioaktivitätsgehalt (Am-241) zu untersuchen und - bei Überschreitung des Grenzwertes der künstlichen Gesamtaktivität von 100 Bq/kg - als radioaktiver Abfall zu entsorgen.
- 1.2.4.4 Wöchentlich ist der Radioaktivitätsgehalt (Am-241) des in dem Absetzbecken aufgefangenen Wassers am Ablauf zu bestimmen (alternierende Messungen durch TUM und LfU).
- 1.2.4.5 Wird in der unfiltrierten Wasserprobe Am-241 über der Nachweisgrenze (0,01 Bq/l) festgestellt, ist durch geeignete Maßnahmen (z.B. Filtern) dafür zu sorgen, daß Partikel > 40 µ zurückgehalten und entsorgt werden.
- 1.2.4.6 Alle Radioaktivitätsmeßwerte sowie die Volumina der abgepumpten Wässer sind zu dokumentieren.
- 1.2.4.7 Zur weiteren Beweissicherung sind bei den zu untersuchenden Wasserproben gleichzeitig ihre Tritiumgehalte festzustellen.
- 1.2.4.8 Nach Beendigung eines jeden Teilabschnittes der Baumaßnahme sind die Drainleitungen der Grundwasserhaltung sofort dauerhaft dicht zu verschließen.
- 1.2.4.9 Nach dem Einstellen der Bauwasserhaltung sind die Entnahme- und die Versickerungsanlagen zu beseitigen und der frühere Zustand wieder herzustellen.

#### 1.2.5 Entnahme und Versickerung von Grundwasser aus der tertiären Wechselschicht

- 1.2.5.1 Die Erlaubnis gilt für das Zutagefördern und Wiedereinleiten des anstehenden Grundwassers. Dabei ergeben sich folgende Mengen:

*Aushubphase 1 (max. 6 Monate)*

für 3 Monate	Q = 4,0 l/s	31.104 m <sup>3</sup>
Für weitere 3 Monate	Q = 3,0 l/s	23.328 m <sup>3</sup>

*Aushubphase 2 (max. 6 Monate)*

für 2 Monate	Q = 3,5 l/s	18.144 m <sup>3</sup>
für weitere 4 Monate	Q = 2,0 l/s	20.736 m <sup>3</sup>

- 1.2.5.2 Die Anzahl der Brunnen ist im Hinblick auf die Eingriffe in die Deckschichten auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren.



1.2.5.3 Die Bohrtiefe der Brunnen ist auf maximal 14 m zu begrenzen.

1.2.5.4 Die Brunnen sind so auszubilden, daß eine Beeinträchtigung tieferer Schichten, insbesondere durch verunreinigtes Niederschlagswasser oder Wasseraufstau innerhalb der Baugrube, ggf. bei Flutung der Baugrube, ausgeschlossen wird.

Die neben den konstruktiven ggf. getroffenen technischen Maßnahmen sind vor Bauausführung dem Wasserwirtschaftsamt München mitzuteilen.

Die Brunnenausbaupläne sind vor Baubeginn dem Wasserwirtschaftsamt München vorzulegen.

1.2.5.5 Bei der Errichtung der Brunnen ist das DVGW-Merkblatt W 121 zu beachten. Demzufolge ist bei einem PVC-Filterrohr DN 150 der Mindestbohrdurchmesser = Ausbauraußendurchmesser + 2 x 80 mm zu wählen.

1.2.5.6 Der Ringraum zwischen Ausbauperforierung und anstehendem Gebirge ist mit Filtersanden so auszufüllen, daß keine Feststoffe aus den wasserführenden Horizonten ausgespült werden können. Die Filtersande sind nach den allgemein anerkannten Filterregeln abzustufen.

1.2.5.7 Die Brunnen sind nach Abschluß der Baumaßnahme zuverlässig zu verschließen.

Dabei sind sämtliche durchörterte grundwasserführenden Horizonte sorgfältig gegeneinander abzudichten. Die Brunnen sind zu überbohren und mit einer Ton-Zement-Suspension zu verpressen.

Die Brunnen sind so anzuordnen, daß die dafür erforderliche Zugänglichkeit nach Abschluß der Baumaßnahme gewährleistet ist.

Die vorgeschlagenen, ggf. benötigten Brunnen im Bereich der Bodenplatten der Neutronenleiterhalle und des Zugangsgebäudes sind vor Beginn der Baumaßnahmen zuverlässig nach dem o.g. Verfahren zu verschließen.

## **1.2.6 Überwachung der Auswirkungen**

Während der Bauphase ist eine Überwachung der Auswirkungen der Grundwasserbeeinflussung durchzuführen. Die Lage und Anzahl geeigneter Meßstellen sowie der Überwachungsrhythmus sind noch darzulegen.

## **1.2.7 Sonstiges**

1.2.7.1 Lagerung und Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. Treibstoffe, Öle, Schmiermittel) während des Baues haben so zu erfolgen, daß eine Gewässerverunreinigung ausgeschlossen ist.

1.2.7.2 Arbeitsräume im quartären Kies sind mit stark durchlässigem Kies zu verfüllen.

1.2.7.3 Grundwassermeßstellen, die stauende Bodenschichten durchstoßen, sind so auszubauen, daß alle Trennschichten zwischen den einzelnen Grundwasserstockwerken dauerhaft erhalten bleiben. Werden sie wieder aufgelassen, sind sie, wie auch Bohrungen, so zu verfüllen, daß die Funktion aller Trennschichten erhalten bleibt. Die ordnungsgemäße Herstellung bzw. Verfüllung ist durch fachkundiges Personal zu überwachen und zu bescheinigen.

1.2.7.4 Durch die Bohrungen dürfen keine Schadstoffe in das Grundwasser eingetragen werden. Das Bohrgerät muß entsprechend beschaffen und sauber sein.



## **2      Sofortige Vollziehung**

Die sofortige Vollziehung der vorstehenden Nummer 1 wird angeordnet.

## **3      Kostenentscheidung**

3.1      Die Kosten des Verfahrens hat die Unternehmerin zu tragen.

3.2      Der Freistaat Bayern ist von der Zahlung der Gebühr befreit.

### **Gründe:**

#### **I.      Sachverhalt**

##### **1.      Antragstellung**

Die Technische Universität München plant die Errichtung eines neuen Forschungsreaktors, der Hochflußneutronenquelle FRM-II, auf dem Forschungsgelände, Fl.Nr. 1925, in der Stadt Garching. Es soll ein neues Reaktorgebäude einschließlich Zugangsgebäude, eine Neutronenleiterhalle, ein Hilfsanlagengebäude und ein Tertiärer Kühler errichtet werden. Mit Schreiben vom 04.02.1993 hat die Technische Universität München den Antrag auf Erteilung der hierfür erforderlichen Genehmigung gemäß § 7 Atomgesetz beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) gestellt. Nach Durchführung des notwendigen atomrechtlichen Verfahrens wurde mit Bescheid vom 04.04.1996, Az. 9238-9-19209 vom Staatsministerium die 1. Teilgenehmigung nach § 7 Atomgesetz zur Errichtung der Hochflußneutronenquelle FRM-II erteilt.

Bis auf die Neutronenleiterhalle, die nur eine Teilunterkellerung erhält, werden die restlichen geplanten Gebäude vollunterkellert. Einige Untergeschosse reichen bei mittleren Grundwasserständen ins Grundwasser hinein. Mit Schreiben vom 25.03.1994, ergänzt mit Schreiben vom 16.02.1995 und 22.01.1996, hat die Technische Universität München die beschränkte wasserrechtliche Erlaubnis für die Entnahme von Grundwasser und das Wieder-einleiten in den Untergrund beim Landratsamt München beantragt.

##### **2.      Baugrube**

Der Aushub für die zu errichtenden Bauwerke erfolgt in drei Phasen. In der 1. Phase wird die Baugrube für das Reaktorgebäude erstellt. Nach Fertigstellung des Reaktorgebäudes wird in der 2. Phase die Baugrube für das angrenzende Zugangsgebäude und den Kellerbereich unter der Neutronenleiterhalle ausgehoben. Nach Fertigstellung dieser Gebäude werden in der 3. Phase die Baugruben für die restlichen Bauwerke wie Hilfsanlagengebäude und Tertiärkühler gleichzeitig erstellt.

Die Baufelder umfassen für die 1. Bauphase ca. 53 m x 53 m, für die angrenzende 2. Bauphase ca. 20 m x 38 m und ca. 83 m x 53 m. Das Baufeld in der 3. Bauphase beträgt ca. 30 m x 80 m.

##### **3.      Wasserhaltungsmaßnahmen**

Bei Baugrunduntersuchungen wurden zwei lokal abgegrenzte Grundwasservorkommen festgestellt. Das erste Grundwasser steht in den quartären Kiesen, einer ca. 5 m starken Bodenschicht, an. Der mittlere Grundwasserstand wurde bei ca. - 4,40 m ermittelt, der Grundwasserhöchststand beträgt ca. - 2,05 m. Das Quartär wird unterlagert von tertiären Schluffen und diversen Feinsandschichten, der sog. "Wechselschicht", mit einer Mächtigkeit von ca. 15 m. In dieser Wechselschicht wurde gespanntes Grundwasser in Linsen angetroffen.

Zur Herstellung der Gebäudefundamente ist daher eine Wasserhaltung erforderlich. Während der Bauphasen 1 - 3 wird das Grundwasser aus den quartären Kiesen über Horizon-



taldränagen mit Belastungsfilter und Rinnen in Pumpensämpfen gesammelt und zu einer Rohrversickerungsanlage nordöstlich des Baugeländes abgepumpt. Dort wird das entnommene Grundwasser dem ersten Grundwasserstockwerk wieder zugeführt.

Die Baugrubensohlen für das Reaktorgebäude, für den Kellerbereich unter der Neutronen-leiterhalle und für das Zugangsgebäude (Bauphase 1 und 2) liegen im oberen Bereich der tertiären Wechschelschicht und stehen unter Auftrieb von gespanntem Grundwasser in den Feinsandschichten. Da bei dem tiefen Aushub das Gewicht der überlagernden Tonschichten zu gering wird, besteht die Gefahr der Sohlenhebung. Hier ist deshalb eine Teilentspannung über Brunnen notwendig. Dieses Wasser wird zusammen mit dem Quartärwasser versickert.

#### 4. Behördenbeteiligung

Zur Quartärwasserhaltung hat das Wasserwirtschaftsamt München mit Gutachten vom 01.03.1995 Stellung genommen und unter verschiedenen Auflagen und Bedingungen dem Vorhaben zugestimmt.

Zur Entspannung der Wechschelschicht hat das Wasserwirtschaftsamt am 18.12.1995 ein entsprechendes Gutachten erstellt.

Im Bereich des Baugeländes ist entlang der Trasse eines stillgelegten Abwasserkanals mit Am-241 kontaminiertes Erdreich vorhanden, welches jedoch derzeit saniert wird. Um auszuschließen, daß Restbestände von kontaminierten Bodenpartikeln ins zu versickernde Baugrubenwasser gelangen, hat das Bayerische Landesamt für Umweltschutz mit Gutachten vom 15.02.1996 verschiedene Schutzmaßnahmen festgelegt.

#### 5. Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Unterlagen zur Bauwasserhaltung wurden vom 03.07. bis 10.08.1995 bei der Stadt Garching ausgelegt. Diese Auslegung wurde am 22.06.1995 ortsüblich durch Aushang und Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Garching bekanntgemacht. Am 28.06.1995 wurde die Bekanntmachung in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht. Bis 25.08.1995 konnten Einwendungen gegen das beantragte Vorhaben erhoben werden.

Die eingegangenen Einwendungen zu den Wasserhaltungsmaßnahmen wurden durch das Wasserwirtschaftsamt München, das Bayer. Landesamt für Umweltschutz sowie die Untere Naturschutzbehörde fachlich geprüft.

Anschließend wurde am 18.10.1995 im Landratsamt München ein Erörterungstermin durchgeführt, an dem die eingegangenen Einwendungen zur Bauwasserhaltung erörtert wurden. Dieser Erörterungstermin wurde durch Aushang vom 09.10.1995 bis 20.10.1995 in der Stadt Garching ortsüblich bekanntgemacht. Die einzelnen Einwender erhielten mit Schreiben vom 05.10.1995 eine Einladung zum Erörterungstermin.

## II. Rechtliche Würdigung

Das Landratsamt München ist zum Erlaß dieses Bescheides nach Art. 75 Abs. 1 S. 2 BayWG sachlich und nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) örtlich zuständig. Die Ergänzung des Art. 75 Abs. 1 BayWG durch den Satz 5 (Zuständigkeitsänderung) erfolgte zum 01.06.1994, d.h. nach der Antragstellung durch die Technische Universität München. Für Verfahren, die bereits durch Antragstellung vor dem 01.06.1994 in Gang gesetzt wurden, wirkt sich die Gesetzesänderung nicht mehr aus.

### 1. Wasserrechtliche Erlaubnis

#### 1.1 Das Entnehmen bzw. Zutageleiten von Grundwasser während der Bauzeit und das Versickern von Grundwasser in den Untergrund stellen Benutzungen gem. § 3 Abs. 1 Nr. 5 und 6 WHG dar, die jeweils nach § 2 Abs. 1 WHG der behördlichen Gestattung bedürfen.



Der durch das fertige Bauwerk verursachte Aufstau des Grundwassers von wenigen cm bei höchsten Grundwasserständen ist wasserwirtschaftlich unbedeutend und daher nicht erlaubnispflichtig.

- 1.2 Als Form der Gestattung kommt nur eine beschränkte Erlaubnis nach § 7 WHG i.V.m. Art. 17 BayWG in Betracht, da die Benutzung nur vorübergehenden Zwecken dient und nur eine beschränkte Erlaubnis beantragt worden ist.

Da im wasserrechtlichen Verfahren keine Gründe bekannt geworden sind, die wegen einer zu erwartenden Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit i.S.v. § 6 WHG eine Versagung der Erlaubnis zwingend erfordert hätten, konnte das Landratsamt München über die Erlaubnis nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden und die Erlaubnis erteilen.

- 1.3 Diese Erlaubnis kann gem. § 4 Abs. 1 WHG unter Festsetzung von Benutzungsbedingungen und Auflagen erteilt werden. Dabei sind neben den in § 4 Abs. 2 WHG genannten Auflagen nach Art. 15 BayWG insbesondere auch Benutzungsbedingungen und Auflagen zulässig, um nachteilige Wirkungen für die Ordnung des Wasserhaushalts und die Gewässer zu verhüten oder auszugleichen.

- 1.4 Den Entnahmemengen aus dem Quartär kann aus wasserwirtschaftlicher Sicht zugestimmt werden. Zum einen kann die Förderung der maximalen Mengen während der Gesamtbauzeit ausgeschlossen werden. Bei Antreffen günstiger Bedingungen kann selbst der angenommene Mittelwasserstand u.U. unterschritten werden. Zum anderen erfolgt in kurzer Entfernung die unmittelbare Wiederversickerung des Grundwassers parallel zum Grundwasserstrom.

Eine Beeinträchtigung erfolgt damit nur in unmittelbarer Umgebung der Baumaßnahme. Eine nachteilige Beeinflussung Dritter ist durch die Wasserhaltungsmaßnahmen nicht zu erwarten.

- 1.5 Gegen die Tertiärwasserentspannung bestehen keine Bedenken, wenn die festgelegten Auflagen eingehalten werden.

Außerdem kann davon ausgegangen werden, daß die beantragten, aus wasserwirtschaftlicher Hinsicht hinnehmbaren maximalen Entnahmemengen nicht erreicht werden.

- 1.6 Die Wiederversickerung des Bauwassers ist aufgrund der hydrogeologischen Verhältnisse möglich. Es bestehen bei Einhaltung der festgesetzten Auflagen keine Bedenken gegen die Versickerung des Bauwassers.

## 2. Umweltverträglichkeitsprüfung

Für Bauwasserhaltungen ist üblicherweise ein Bekanntmachungsverfahren nicht vorgeschrieben. Im vorliegenden Fall ergibt sich jedoch eine Bekanntmachungspflicht aus dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung i.V.m. § 7 Abs. 1 S. 2 WHG. Zum Zeitpunkt der Antragstellung ergab sich zunächst weder aus den wasserrechtlichen Vorschriften noch aus den atomrechtlichen Vorschriften i.V.m. § 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und der Anlage zu § 3 eine UVP-Pflicht. Mit Inkrafttreten der Zweiten Änderungsverordnung zur atomrechtlichen Verfahrensverordnung am 25.11.1994 wurde jedoch für die Errichtung eines Reaktors im Sinne des § 7 Abs. 1 des Atomgesetzes, die nach § 4 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung bekanntzumachen ist, die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren vorgeschrieben. Diese Regelung erfaßt über § 7 Abs. 1 Satz 2 WHG auch das beim Landratsamt München anhängige Verfahren.

Da parallele Zulassungsverfahren durchzuführen sind, ist federführende Behörde die atomrechtliche Genehmigungsbehörde (StMLU) als höchste der beteiligten Zulassungsbehörden (§ 14 Abs. 1 UVPG i.V.m. der Verordnung zur Bestimmung der federführenden Behörde v.



24.07.1990, BayGVBl S. 254). Das Landratsamt München als wasserrechtliche Genehmigungsbehörde ist sonstige Zulassungsbehörde (§ 14 UVPG). Nach § 7 Abs. 1 S. 2 WHG hat die UVP im Rahmen des Wasserrechtsverfahrens dem UVPG zu entsprechen.

Für die Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Wasserrechtsverfahrens gilt der nach den einschlägigen Bestimmungen der Wassergesetze vorgeschriebene Verfahrensablauf (Art. 83 BayWG i.V.m. dem Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz). Es ist eine UVP mit Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich.

Von verschiedenen Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen, Parteiverbänden und einzelnen Bürgern wurden Einwendungen im Verfahren vorgebracht. Folgende Einwendungen betrafen die Wasserhaltungsmaßnahmen:

*Durch die Bauwasserhaltung und die vorgesehene Versickerung des aus der Baugrube abgepumpten Grundwassers auf der östlichen Seite der Gießen sei eine nachhaltige Beeinträchtigung von Fauna und Flora in diesem Bereich zu befürchten.*

*Bei der Bauwasserhaltung sei eine Durchörterung der Trennschicht zwischen dem oberen quartären und dem darunterliegenden tertiären Grundwasserstock zu besorgen.*

Die weiteren umfangreichen Einwendungen waren allgemeine Einwendungen gegen die kerntechnische Anlage.

Die Einwendungen wurden, soweit sie die Bauwasserhaltung betrafen, im Erörterungstermin zusammen mit den Vertretern des Antragstellers, dem Wasserwirtschaftsamt München, dem Bayerischen Landesamt für Umweltschutz und der Unteren Naturschutzbehörde erörtert. Die allgemeinen Einwendungen zum Forschungsreaktor wurden in der Niederschrift zum Erörterungstermin festgehalten und an die atomrechtliche Genehmigungsbehörde übermittelt. Auf die Niederschrift vom November 1995 wird verwiesen.

Nach § 14 a der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) hat die federführende atomrechtliche Genehmigungsbehörde im Zusammenwirken mit den sonstigen Zulassungsbehörden eine zusammenfassende Darstellung der entscheidungserheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens erarbeitet. Auf der Grundlage dieser zusammenfassenden Darstellung hat das StMLU als federführende Behörde die Erarbeitung einer Gesamtbewertung koordiniert. Das Ergebnis der Gesamtbewertung wurde vom StMLU dem Landratsamt übermittelt und hier zu den Verfahrensakten genommen.

Das Landratsamt München entscheidet jetzt über die wasserrechtliche Erlaubnis, wobei sich die Entscheidung auf die Gesamtbewertung stützt, soweit es um Umweltbelange geht.

Die Herstellung der Baugrube, die Entnahme von Grundwasser aus der obersten Grundwasserschicht (Quartär) und die Entspannung von Linsen in der tertiären Wechschelschicht hat nur eine vorübergehende unerhebliche Beeinträchtigung zur Folge, weil die Grundwasserentnahmen geringfügig und von kurzer Dauer sind und sichergestellt werden kann, daß nach Abschluß der Arbeiten die natürlichen Bodenverhältnisse wiederhergestellt und insbesondere Entspannungsbrunnen dauerhaft verschlossen werden.

Die für die Trinkwassergewinnung bedeutsame tertiäre Feinsandschicht wird nach der durchgeführten Prüfung der Auswirkungen der Baumaßnahmen nicht berührt.

Das Wiedereinleiten des entnommenen Wassers in den quartären Grundwasserleiter unmittelbar unterhalb der Entnahmestelle beschränkt die Auswirkung auf die unmittelbare Umgebung. Ein Eintrag von radioaktiven oder konventionellen Schadstoffen ist durch Kontrollmessungen und eine eventuelle Reinigung zu verhindern.

Aus dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen auf der Baustelle ergeben sich bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften keine Auswirkungen auf das Grundwasser oder den Boden.

Da keine Ablehnungsgründe im Verfahren bekanntgeworden sind, konnte das Landratsamt München sein Ermessen zugunsten des Antragstellers ausüben und die wasserrechtliche



Erlaubnis zur Bauwasserhaltung erteilen.

3. Sofortige Vollziehung

Hinsichtlich der sofortigen Vollziehung ist zunächst festzustellen, daß mit dem vorliegenden Bescheid keine Genehmigung zur Errichtung von Bauteilen erteilt wird. Es handelt sich hier lediglich um wasserrechtliche Gestattungen zur Bauwasserhaltung bei der Errichtung von Bauteilen des mit Bescheid des StMLU vom 04.04.1996, Az. 9238-9-19209 genehmigten Bauvorhabens. Für die vom Landratsamt zu treffende Entscheidung über die sofortige Vollziehung in diesem Bescheid war daher von den gleichen Voraussetzungen auszugehen, die das StMLU in Abschnitt E 1 und 2 des o.g. Bescheides erläutert hat.

In Abschnitt E 1 hat das StMLU ausgeführt, daß sich ein besonderes öffentliches Interesse an der umgehenden Errichtung des FRM II aus der Notwendigkeit ergibt,

- die Grundlagenforschung, die angewandte Forschung sowie die medizinischen und technischen Dienstleistungen mit Neutronenanwendung dauerhaft zu gewährleisten und zu verbessern;
- die internationale Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Spitzengruppe der Neutronenforschung zu sichern;
- die von einer modernen Hochflußneutronenquelle abhängigen, hochwertigen Arbeitsplätze zu sichern;
- die aufgewendeten und bereitgestellten Mittel effektiv und sparsam einzusetzen.

Zu diesen Punkten enthält der Bescheid weitere Ausführungen, auf die hier verwiesen werden kann.

Neben den öffentlichen Interessen können aber auch überwiegende Interessen des Antragstellers eine Anordnung der sofortigen Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO stützen. Wie das StMLU in Abschnitt E 2 seines Bescheides ausführt, liegen auch solche Gründe vor. Sie sind insbesondere darin zu sehen, daß bei Verzögerungen bei der Verwirklichung des Vorhabens der Entwicklungsvorsprung des Antragstellers in Gefahr wäre und die Anlage gerade dann nicht verfügbar wäre, wenn sie den größten wissenschaftlichen Nutzen bieten könnte. Im einzelnen kann auch hier auf die Ausführungen im Bescheid des StMLU verwiesen werden.

Bei der nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO vorzunehmenden Interessenabwägung der öffentlichen Interessen und der Interessen des Antragstellers gegenüber den Interessen möglicher Widerspruchsführer bzw. Kläger an einer aufschiebenden Wirkung ihres Rechtsmittels war über die in Abschnitt E 3 des Bescheides des StMLU enthaltenen Abwägungen hinausgehend für die Entscheidung über die sofortige Vollziehung der Erlaubnisse für die Bauwasserhaltung noch zu berücksichtigen, daß diese Gestattungen nicht in Rechte oder rechtlich geschützte Belange möglicher Kläger eingreifen. In die Abwägung waren daher auch die Erfolgsaussichten eines etwaigen Rechtsmittels einzustellen. Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage war selbst bei vorsichtiger Einschätzung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels davon auszugehen, daß es mit großer Wahrscheinlichkeit erfolglos bleiben wird. Angesichts der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels würde es gerade dem Antragsteller gegenüber unbillig sein, wenn er mit der Ausführung seines Vorhabens bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung über die Rechtsmittel warten müßte.

4. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 1, 2 und 4 des Kostengesetzes.



### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem unterfertigten Landratsamt München, Mariahilfplatz 17, 81541 München einzulegen. Zur Wahrung der Widerspruchsfrist außerhalb der Dienststunden steht ein Nachbriefkasten am Amtsgebäude Mariahilfplatz 17, 81541 München zur Verfügung.

Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage beim Bayerischen Verwaltungsgericht in der Bayerstraße 30, 80335 München schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden.



### Hinweise:

1. Für über den erlaubten Umfang hinausgehende Gewässerbenutzungen (z.B. wesentliche Überschreitungen der erlaubten Entnahmemengen / Injektionen) ist ein ergänzendes wasserrechtliches Verfahren durchzuführen.
2. Sollten während der Bauphase zusätzliche Baugrubensicherungen (weitere Brunnen, Spundwände, Änderung der Brunnentiefe etc.) erforderlich werden, ist darüber das Landratsamt München und das Wasserwirtschaftsamt München umgehend zu informieren.

Im Auftrag



Brunner

### HINWEIS:

Nach Art. 74 Abs. 4 Satz 1 Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz ist der Erlaubnisbescheid den Einwendungsführern (ohne Anlagen) zuzustellen.